

Wittgensteiner Zeitung

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark.
Kontokonto: Kreis-Sparkasse Laasphe Nr. 89
Kassabank: Bank f. G. m. b. H., Niederl. Laasphe

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt“
Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg.
Familien- und kleine Anzeigen . . . 6 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
Postfachkonto Nr. 404 49 Amt KSn :-:

Nummer 69

Veranstalter Nr. 1

Laasphe, Montag den 23. März 1931

56. Jahrgang

Die deutsch-österreichische Zollunion

Der Inhalt des Vertrages. — Keine Zollgrenze mehr

Berlin, 22. März.

Von zuständiger Stelle werden nunmehr authentische Mitteilungen über das Ergebnis des Wiener Besuchs des Reichsaussenministers gemacht. Daraus ergibt sich, daß zwischen den Kabinetten von Berlin und Wien ein Protokoll über die Verhandlungen ausgetauscht worden ist, so daß dem Ergebnis dieser Besprechungen eine rechtlich bindende Form gegeben wird. Der wesentliche Inhalt erstreckt sich auf zwei Hauptpunkte:

1. Auf die Bereitwilligkeit, sofort in die konkreten Verhandlungen über den Abschluß des Zollunionsvertrages einzutreten
2. erklären sich beide Regierungen bereit, mit jedem europäischen Land, das den Wunsch dazu äußert, in Verhandlungen über eine gleichartige Regelung einzutreten.

Im dem Protokoll sind auch bereits die Richtlinien festgelegt, die

die Basis des Vertrages

bilden sollen.

Es handelt sich darnach um einen Zollunionsvertrag in der vollen wirtschaftlichen Bedeutung eines solchen. Deutschland und Österreich werden einen gleichartigen Zolltarif und ein übereinstimmendes Zollgesetz einführen. Wenn sie in Kraft getreten sind, werden an den Außengrenzen beider Länder dieselben Zollsätze gelten und auch im übrigen einheitliche Zollvorschriften angewandt werden. An der Binnengrenze werden dann grundsätzlich keine Ein- und Ausfuhrzölle mehr erhoben und auch keine Ausfuhrverbote mehr bestehen.

Für eine gewisse Ubergangszeit werden für wenige Waren Zwischenzölle vorgeesehen, die in einem noch zu bestimmenden Zeitraum beseitigt werden. Dadurch soll der österreichischen Industrie die Möglichkeit einer Anpassung gegeben werden. Nach Schätzungen untereiner Kreise erreicht sich die Zollunion aber gleich bei ihrem Inkrafttreten bereits auf mehr als 90 Prozent aller Positionen.

Für die staatsrechtliche Konstruktion der Union sind neue Wege gesucht worden. Es wird kein gemeinsames Zollparlament errichtet. Österreich schließt sich auch nicht einseitig einer deutschen Führung an, sondern die handelspolitische Selbständigkeit beider Länder bleibt gewahrt mit der Maßgabe, daß beide Staaten ihre Handelsverträge so handhaben, daß sie mit anderen Ländern in Zukunft in enger Fühlungnahme untereinander führen.

Diese Verhandlungen müssen sich natürlich im Rahmen der einheitlichen Zollgesetzgebung halten. Wie in allen modernen Verträgen ist ein Schiedsgericht vorgeesehen, das bei Meinungsverschiedenheiten über Auslegungsfragen entscheidet. Die Art des Schiedsgerichts wird erst noch in den kommenden Verhandlungen bestimmt werden.

Der Vertrag ist für drei Jahre unkündbar und kann dann von beiden Seiten mit einer Frist von einem Jahre gekündigt werden, aber nur mit Zustimmung des Parlaments.

Gründe des Abkommens.

Die Anpassung der Handelsverträge und Monopole.

Die Vereinbarung wurde den Regierungen aller an Deutschland und Österreich angrenzenden Länder bekanntgegeben. Es ist anzunehmen, daß die Verhandlungen über den endgültigen Vertrag sofort nach Ostern beginnen. Durch die Vorbesprechungen sind sie bereits so gefördert worden, daß man auf die Unterzeichnung in etwa zwei bis drei Monaten rechnet. Es wird dann noch einige Zeit für die Ratifizierung, die technischen Vorbereitungen und die notwendigen Umstellungen erforderlich sein, so daß der Vertrag etwa

Anfang des nächsten Jahres in Kraft

treten kann. Natürlich ist es notwendig, die Handelsverträge Deutschlands und Österreichs mit den übrigen Ländern untereinander abzustimmen. Das wird sich in der Weise vollziehen, daß im wesentlichen Österreich sich bemühen wird, in unsere Handelsverträge einzutreten. Eine besondere Aufgabe ist auch noch die Anpassung der inneren Verbrauchsabgaben und Steuern. Hierunter fällt das österreichische Tabak- und Zündholzmonopol, das deutsche Branntwein-Monopol, die Anpassung der Biersteuern, der Umsatzsteuer und ähnliches.

Unter den Gründen, die zu der Vereinbarung geführt haben, ist vor allem maßgebend gewesen, daß die Wirtschaftskrise in beiden Ländern dazu drängt, neue Wege zu gehen.

Durch die Vereinbarungen wird der innere Markt Deutschlands um 10 Prozent, der Österreichs natürlich in sehr viel stärkerem Maße vergrößert.

Bestimmend war auch, daß die Bemühungen des Völkerbundes auf handelspolitischem Gebiete bisher gescheitert sind. Außerdem vollziehen sich gerade im Südosten Europas schon seit einiger Zeit wirtschaftspolitische Veränderungen, die im Augenblick noch nicht klar zu übersehen sind, sicher aber auch für uns große Bedeutung haben. Auch in diesem Zusammenhange wird die handelspolitische Stellung beider Staaten durch das Abkommen zweifellos gestärkt werden.

Der Eindruck im Ausland.

Paris, 22. März. Die französische Presse widmet dem bevorstehenden Abschluß einer Zollunion zwischen Deutschland und Österreich große Aufmerksamkeit. Das „Journal des Debats“ bezeichnet ihn als einen neuen Schritt auf dem Wege zum Anschluß. Die Schaffung Mitteleuropas sei ja bereits eines der Kriegsziele Deutschlands gewesen. — Bertinot erklärt im „Echo de Paris“, der europäische Organisationsausschuß habe lange nach einem Programm gesucht, das die Wichtigkeit eines Paneuropas hervorheben sollte. Durch das deutsch-französische Abkommen sei er vorzüglich bedient, wenn auch diese Platte geeignet sei, den paneuropäischen Gedanken zu vergiften. Briand werde während sein, weil Österreich den Artikel 88 des Vertrages von St. Germain verletze, der ihm seine Unabhängigkeit zur Pflicht mache.

Auf der anderen Seite müsse man sich aber fragen, was man Österreich und Deutschland an der Stelle ihres jetzigen Abkommens hätte geben können.

Die „Sournee Industrielle“ stellt fest, daß alle Welt sich darüber einig sei, daß die Beziehungen der mitteleuropäischen Staaten einer Besserung bedürften. Aber trotz der entschiedensten Ablehnung der deutschen Presse richteten sich die Bemühungen Deutschlands viel mehr auf den Anschluß als auf eine mitteleuropäische Verständigung.

Beunruhigung in Prag.

Prag, 22. März. Die Prager Presse ist über die Meinungen vom Abkommen zwischen Deutschland und Österreich sehr überrascht und wollte anfangs nicht recht an ihre Richtigkeit glauben. Die „Bohemia“ bemerkt, auch wenn sie nur teilweise richtig wäre, hätte sie weittragende Bedeutung. Das Prager Tageblatt erklärt, man werde dem Ergebnis schon heute geschichtliche Bedeutung beimessen. Die übrigen Blätter sind beunruhigt über das Abkommen, wenn sie auch etwas süß-lauer hinzufügen, daß die deutsche Aktivität in Mitteleuropa auch den tschechischen wirtschaftlichen Bestrebungen entspreche. Mehrere Blätter machen der eigenen Regierung Vorwürfe, daß sie nicht besser unterrichtet war.

ten antwortet. Schließlich ruhen die Sozialdemokraten: „Ehemaliger Zuhälter und jetzt SPD-Abgeordneter!“ und spucken auf Stinfurt. Zu Täuschungen kommt es aber nicht.

Bei der dann wiederholten Abstimmung über die Mitgliederzahl für den neu einzusetzenden Theater-Ausschuss wurde die Zustimmung der Regierungsparteien, 29 Abgeordnete in diesen Ausschuss zu entsenden. Nach kurzer belangloser Debatte ist die allgemeine Aussprache zum Kultushaushalt erledigt. Nach kurzer Einzelbesprechung werden die Abstimmungen auf den 25. März vertagt. Ohne Aussprache wird die zweite Lesung des Haushalts der Staatsbank bis auf die Abstimmungen, die später stattfinden, erledigt.

Nach 13 Uhr verläßt sich das Haus auf Montag, 13 Uhr: Dritte Beratung des Berlin-Gesetzes, zweite Beratung des Haushalts des Innenministeriums.



Reichskanzler Müller auf dem Totenbett.

Trauer um Hermann Müller.

Kundgebung im Reichstag. — Ein Nachruf des Kanzlers.

Berlin, 21. März.

Der Reichstag stand völlig unter dem Eindruck des Todes von Hermann Müller. Die schwarz-rot-goldenen Fahnen, die an jedem Sitzungstage gehißt werden, wehten halbmast. Die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion erschienen in dunklen, die Frauen zumeist in schwarzen Kleidern. In allen Ausschusssitzungen gedachten die Vorsitzenden des dahingegangenen Parteiführers und Staatsmannes. Die Sitzung des wichtigsten, des Haushaltsausschusses, eröffnete der eben erst wiedergewählte Vorsitzende, der sozialdemokratische Abg. Heilmann, mit einem Nachruf, den die zahlreich erschienenen Abgeordneten stehend anhörten. Auch viele Abgeordnete, die dem Ausschuss nicht angehören, nahmen an der Sitzung teil. Um 11.30 Uhr verlammete sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu einer Trauerkundgebung, bei der der Parteivorstand Wels eine Gedankrede auf den toten Freund hielt.

Der Reichstag trat um 12 Uhr zur Trauerfeier zusammen. An den Regierungstischen war Reichskanzler Brüning mit den anderen Mitgliedern des Reichskabinetts erschienen. Die Kommunisten hatten sich nicht eingefunden. Auf dem Plafond des Verstorbenen stand ein großer Strauß weißer Blumen, daneben lagen unsterbliche Kränze.

Während die Anwesenden sich von den Plätzen erhoben, hielt Präsident Löbe

die Gedankrede.

Er erinnerte daran, daß der Verstorbene noch vor zwei Wochen im Reichstage den parlamentarischen Arbeiten nachgegangen sei. Das Bild der Persönlichkeit des Dahingegangenen und seines Lebens stehe klar und rein vor jedem Auge. Er habe zu jenem engen Kreise von Menschen gehört, denen nach der politischen Umwälzung in Deutschland ein hohes Maß von Verantwortung auf die Schultern gelegt worden sei. Als uns das Diktat von Versailles auferlegt wurde, fiel ihm die niederdrückende Pflicht zu, die Gegenzeichnung zu übernehmen. Er nahm diese bittere Pflicht des deutschen Außenministers auf sich und hat dafür die Schmachungen getragen, die nach ihm und neben ihm mancher deutscher Außenminister hat erdulden müssen.

Reichskanzler Dr. Brüning

gedachte im Namen der Reichsregierung des Verstorbenen in Behmut und Dankbarkeit. Das deutsche Volk habe in ihm einen seiner Besten verloren.

Ein Mensch, ein maßvoller, ehrenhafter Charakter, gewissenhaft und zuverlässig, auch von seinen politischen Gegnern geachtet, als Politiker und Staatsmann in ganz jungen Jahren in den Brennpunkt der Ereignisse gerückt, war er in der Lage, sich eine politische Erfahrung zu sammeln, die ihn befähigte, in den schwersten Augenblicken deutscher Geschichte an führender Stelle zu stehen.

Als Außenminister im Jahre 1919 in den schmerzhaftesten Zeiten der Nachkriegsepöche und als Reichskanzler im Frühjahr 1920 bei den tragischen deutschen Zerwürfissen hat er sein Bestes hingegeben. In aller Erinnerung steht seine letzte Periode als deutscher Reichskanzler in den Jahren 1928 bis 1930. Unvergesslich ist uns allen seine Vertretung des Reiches in Genf, wo er ritterlich und entschlossen die Verantwortung übernahm für den erkrankten Außenminister einzutreten, und wo er in mutigen und unerschrockenen Worten das Recht Deutschlands auf Gleichheit und Sicherheit betonte. Sein Name ist auch unvergesslich in die Geschichte eingegangen, weil er das schwere Opfer gebracht hat, das Diktat von Versailles, das so schwer auf unserem Volke lastet, zu unterschreiben. In der Uebernahme dieses Opfers zeigte sich der ganze Mann.

Er steht vor unserem Gedächtnis als ein Mann von stärkstem vaterländischem Handeln und wird so in den Herzen unseres Volkes in dankbarer Erinnerung bleiben.

Zum Zeichen der Trauer wurde die Sitzung für kurze Zeit unterbrochen. Die Mitglieder der Regierung begaben sich zu den Vorstandsmitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion, um ihnen persönlich ihr Beileid auszusprechen.

Aus dem Preussischen Landtag.

Peinlicher Zwischenfall.

Berlin, 21. März.

Bei Beginn der Plenarsitzung gedenkt Präsident Bartels des Hinscheidens des Reichskanzlers a. D. Hermann Müller. Er sagt u. a., daß Hermann Müller in den schwersten Zeiten die Interessen seines Landes mit Geschick vertreten und das Beste für sein Vaterland hergegeben habe. Sein Name werde in der Geschichte einen ehrenvollen Platz behalten.

Während dieser Gedenkworte haben sich alle im Saale anwesenden Abgeordneten von ihren Plätzen erhoben; die Kommunisten sind dem Saal ferngeblieben bis auf ihren Abg. Stinfurt, der demonstrativ sitzenbleibt. Die Sozialdemokraten rufen: „Ein Flegel ist sitzengeblieben!“ und drängen auf Stinfurt ein, der seinerseits mit Schimpfwör-

Hindenburgs Beileid.

Berlin, 22. März. Der Reichspräsident hat an die Witwe des Reichskanzlers a. D. Hermann Müller ein Handschreiben gerichtet, in dem es heißt:
„Die Nachricht vom Tode Ihres Herrn Gemahls hat mich tief betrübt und ich bitte Sie und Ihre Töchter zu dem schweren Verlust, der Sie betroffen hat, den Ausdruck meines herzlichen Beileids entgegenzunehmen. Ich werde dem Verstorbenen, dessen lauterer Wille und dessen treffliche Charaktereigenschaften ich hoch geschätzt und dessen Mitarbeit ich stets gewürdigt habe, ein treues Gedenken bewahren.“

Deutscher Reichstag.

Sozialdemokratie und Volkspartei bestehen auf ihren Anträgen.

Berlin, 21. März.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung, nach der Trauerfeier für Hermann Müller, legte der Reichstag die Aussprache zum Haushalt des Reichsfinanzministeriums fort.

Abg. Dr. Herz (Soz.) widerspricht der Ansicht des Ministers, daß es sich bei den Beschwerden über das politische Verhalten von Beamten des Reichsfinanzministeriums nur um Einzelfälle handle. Der nächsten Zukunft könne man nur mit schwerer Sorge entgegensehen. Die gegen die sozialdemokratischen Steueranträge vorgebrachten Argumente seien nicht stichhaltig.

Die sozialdemokratische Partei halte an ihren Anträgen fest, weil die finanzielle Rüstung von Reich, Ländern und Gemeinden dringend gestärkt werden müsse. Die Annahme der sozialdemokratischen Anträge, die nur die Aufsichtsräte und die Einkommen über 20 000 RM trafen, sei eine soziale Notwendigkeit.

Abg. Dr. Brünnen (Wirtschaftsp.) sieht in der Hauszinssteuer eines der größten Hemmnisse für eine wirkliche, fortwährende Besserung unserer Gesamtwirtschaft.

Damit ist die zweite Lesung sämtlicher Haushaltspläne beendet.

Die Abstimmungen über den kommunalistischen Mißtrauensantrag gegen den Reichsfinanzminister und über die Steuererhöhungen und Steueranträge werden auf Montag vertagt.

Angenommen wird eine Entschließung, bei Abschluß der Verträge über

Fortzahlung der Polizeistrußenzuschüsse

dafür zu sorgen, daß kein Anspruch darauf an solche Länder gewährt wird, die Angehörige von Parteien, die mit oder ohne ausdrückliche Billigung ihrer obersten Führer den gewalttätigen Umsturz propagieren, in die Schutzpolizei aufnehmen oder zu Vorgesetzten der Schutzpolizei machen.

Bei der Abstimmung über das Haushaltsgesetz enthielt sich die Volkspartei der Stimme, weil, wie Abg. Kleinath (D. Vp.) erklärt, die Entscheidung über den Sparermäßigungsantrag der Partei noch nicht gefallen sei.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen. — Das Haus vertagt sich auf Montag 4 Uhr. — Abstimmungen, dritte Lesung der Novelle zum Lichtspielgesetz.

Deutsche Botschafter in Warschau.

Berlin, 22. März. Die deutsche Regierung hat in Warschau wegen Mißbrauchs des polnischen Rundfunks zu unzulässiger Propaganda gegen Deutschland Beschwerde geführt.

Die Abstimmungsfeiern in Oberschlesien

Die Gedenkstunde des deutschen Volkes. — Der Reichskanzler in Beuthen.

Beuthen, 23. März.

In allen Gemeinden Oberschlesiens ertönten zur festgesetzten Stunde die Glocken, um des Abstimmungstages vor zehn Jahren zu gedenken, überall strömten auf den Plätzen die Tausende zusammen. Kopf an Kopf gedrängt schaute man in ernstem Schweigen den Rednern, die noch einmal ein Bild jener ereignisreichen Tage entrollten und in bewegten Worten schilderten, wie damals in Oberschlesien gehofft, gebangt, gestritten und gelitten wurde.

In der Provinzialhauptstadt Ratibor sprach der ehemalige Führer des ober-schlesischen Selbstschutzes, Generalleutnant a. D. Hofer. In Gleiwitz versammelten sich rund 40 000 Personen auf dem Platz der Republik. Hier ergrieff der frühere Plebiszit-Kommissar Rechtsanwalt Kasfante das Wort zu einer Gedenkrede. Am Schluß der Veranstaltung wurde eine Entschließung angenommen, in der gegen die Teilung Oberschlesiens Protest erhoben und fundiert wird, daß die ober-schlesische Bevölkerung nicht müde werde, dieses Unrecht in die Welt zu schreiben und die ungerechten Richter anzuklagen. — Ähnliche Kundgebungen fanden in Hindenburg und Oppeln statt.

Das Hauptinteresse konzentrierte sich aber auf Beuthen. Hier fand nachmittags um 4.30 Uhr die Abstimmungsgedenkfeier des deutschen Volkes im Stadion, der Hindenburg-Kampfbahn, statt. Der Reichskanzler, der kurz zuvor eigens zu dieser Feier eingetroffen war, begab sich mit seinem Gefolge nach Abschreitung der Front des Selbstschutzes zunächst in die Gefallenen-Gedenkhalle, wo er den Kranz der Reichsregierung niederlegte. Sodann legte er die Fahrt zum Stadion fort. Im Mittelpunkt der Gedenkfeier, die sich hier in würdigem Rahmen anschloß, stand

die Rede des Reichskanzlers.

Er begann mit Worten tiefen Dankes für die Treue Oberschlesiens vor zehn Jahren. Deutschland werde nie vergessen, daß Oberschlesien sich freiwillig zum deutschen Volkstum und zum deutschen Kulturkreis bekannt habe, obwohl in der Heimat Not und Elend herrschten, obwohl jeder Einfluß des Reiches und Preußens ausgeschaltet war. Weiter gedachte der Kanzler der Beiden unter den polnischen Aufständen und der tapferen Gegenwehr.

Nur als schweres Unrecht konnte die Zerstückung Oberschlesiens von Deutschland empfunden werden. Durch die Ablehnung des Plebistes wurde dieser nicht aus der Welt geschafft und gilt heute noch.

Zum Schluß versicherte der Reichskanzler:

„Namens der Reichsregierung erkläre ich Ihnen feierlich, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit an Ihren Sorgen Anteil nimmt und sich mit Oberschlesiens Schicksal verbunden fühlt und immer fühlen wird! Die ober-schlesische Bevölkerung braucht, in stolzer Erinnerung an das, was sie dem Vaterlande geleistet hat, nicht zu verzagen.“

Das Unrecht an Oberschlesien.

Die Schicksalsfrage vor zehn Jahren.

Berlin, 23. März.

Würdig und ernst, entsprechend der Zeit, aber auch angepaßt dem wehmütigen Gedenken an den Abstimmungstagen, der dann zu Deutschlands Ungunsten umgebogen wurde, feierten die Vereinigten Verbände Heimattreuer Oberschlesier E. V. in Berlin das Gedenken an Oberschlesiens Schicksalsfrage vor zehn Jahren. Nach einleitenden musikalischen Vorträgen begrüßte Oberbürgermeister Kaschny-Ratibor die Versammlung und führte dabei u. a. aus, daß eine der wichtigsten Entscheidungen im Leben des deutschen Volkes am 20. März 1921 gefallen sei.

Die Oberschlesier hätten sich für Deutschland entschieden. Oberschlesien hätte ungefeilt bei Deutschland bleiben müssen.

Die Festrede hatte Reichsminister a. D. Schiffer, der deutsche Unterzeichner des Genfer Protokolls über Oberschlesien übernommen. Er erklärte u. a.: Vor zehn Jahren errang das ohnmächtige Deutschland einen Abstimmungssieg in Oberschlesien mit 62 Prozent. Aber der Völkerrundrat, dem man dann die Verantwortung zuschob, kam

zu einer sinnlosen, ungeheuerlichen, ungerechten, unlogischen Entscheidung

gegen den klaren Inhalt des Versailler Vertrages: „Ein Teil mitten durch einheitliches, dicht bevölkertes Gebiet, eine Hingabe der wertvollsten Gebiete und Bodenschätze an Polen, das kam heraus! Reichsregierung und Reichstag legten einmütig gegen die Gewalt Protest ein. Nach zehn Jahren sieht man überall die Wendung zum Schlimmen als Folge des Unrechtes.“

Nach den mit reichem Beifall aufgenommenen Ausführungen der beiden Redner wurde ein Gedenkungsprogramm an den Reichspräsidenten bekanntgegeben. Ein Hoch auf Deutschland und das Deutschlandlied beschloß die Feier.

Zollermächtigung und Brotpreis.

Auch gesetzlicher Konsumentenschutz.

Berlin, 23. März.

Das Zollermächtigungsgesetz, das gegenwärtig den zuständigen Reichstagsausschüssen zur Beratung vorliegt, soll infolgedessen erweitert werden, als dem in dem Gesetz in der bisherigen Fassung enthaltenen Preischutz für den Produzenten ein Konsumentenschutz gegenübergestellt werden soll.

Der Brotpreis soll nämlich für die Zollbemeisung mit maßgebend gemacht werden. Eine solche Maßnahme läge auch im Sinne der von der Regierung Brüning verfolgten Preisentfesselungspolitik, da eine Wiedererhöhung des Brotpreises vermieden werden würde.

Wieder ein Loter in Hamburg.

Zusammenstöße nach der Trauerfeier für Henning.

Hamburg, 23. März.

Unter riesiger Beteiligung wurde die Trauerfeier für das kommunistische Bürgerkriegsmittelglied Henning abgehalten. Auf den Nebenstraßen sammelten sich Tausende von Kommunisten, die sich dem Wagen mit dem in ein rotes Tuch gehüllten Sarg zum Gang nach dem Olsdorfer Friedhof anschlossen. Im Anschluß an die Trauerfeier kam es in der Fußgängerstraße am Bahnhof Barmbeck zu Ausschreitungen.

Die Polizeibeamten wurden bei ihrem Bestreben, einen sich bildenden Zug zu zerstreuen, mit Steinen beworfen und so bedrängt, daß sie von ihrer Schutzwanne Gebrauch machen mußten. Dabei wurde ein 20jähriger Junge durch einen Kopfschuß schwer verletzt, so daß er auf dem Transport ins Krankenhaus starb. Ein Polizeibeamter erhielt einen Stich in den Rücken.

Hermann Müllers Beisetzung.

Berlin, 23. März. Die Leiche Hermann Müllers wurde einbalsamiert und die Totenmaske abgenommen. Am Abend erfolgte dann die Überführung aus der Klinik nach dem Gebäude des Parteivorstandes. Die Einäscherung erfolgt am Donnerstagmittag um 13 Uhr im Krematorium Gerichtsstraße und zwar wird der Trauerzug seinen Weg durch das Regierungsviertel nehmen, wo sich ihm die Mitglieder der Reichsregierung anschließen werden. Nach einer kurzen Feier am Reichstag, bei der der Reichspräsident Lobsprüche des Toten gedenken wird, wird dann der Sarg nach dem Krematorium in der Gerichtsstraße übergeführt werden.

Politische Tageschau.

Alkoholmißbrauch der polnischen Kinder.

Der polnische Sejm nahm die Regierungsvorlage über das neue Alkoholgesetz an. Dabei wurden ganz erschreckende Tatsachen zutage gefördert. Es wurde statistisch nachgewiesen, daß unter der Schuljugend in den Warschauer Volksschulen 62 Mädchen und 70 Knaben v. h. Alkohol genießen. In einem Warschauer Gymnasium genießen unter den Knaben von der dritten bis zur achten Klasse kaum 5 v. h. keinen Alkohol. Gegen das neue Alkoholgesetz sprachen Vertreter der gesamten Opposition. Auch die Frauengruppen des Regierungsblochs stellten abschwächende Anträge.

70 Kommunisten in Kanton hingerichtet.

Amlich wird gemeldet, daß die chinesische Regierung eine große Verschwörung in Kanton aufgedeckt hat, die einen Aufstand gegen die Regierung vorbereitete. Nach den bisherigen Nachrichten sind etwa 200 Offiziere der Kantoner Garnison verhaftet worden, die Beziehungen zu der chinesischen kommunistischen Partei unterhalten haben sollen. 70 Offiziere und Soldaten sind bereits hingerichtet worden.

Aus der Heimat

Montag den 23. März 1931

Zeitgemäße Betrachtungen.

Frühling will es werden.

Wenn die Märzsonne wieder lüßt des Winters weiße Spuren und belebend läßt hernieder auf die schneebedeckten Fluren, dann mit jedem neuen Tage mehr sich die Frühlingsschwingen und mit seiner Not und Plage muß der alte Winter weichen.

Zwar er steht, um sich zu wehren, seinen rauhen Ost dagegen, doch was nützt sein Aufbegehren, er bleibt dennoch unterlegen, seine Macht kann nicht gefährden mehr der Märzsonne Warten. Frühling will es werden, alles will sich neu gestalten.

Bessere Tage sollen kommen, wenn der Frühling neu erwacht, bis die Not ein Ende genommen, die der böse Winter brachte, daß sie wuchs noch mit den Jahren, immer banger wird die Lage, immer größer die Gefahren und die Not der Wirtschaftslage.

Nun da wir in Traur und Traur ausgeharrt und durchgehalten, hoffen wieder wir auf neue auf des neuen Frühlings Warten, daß nach Mühsal und Wehwerden wir uns wieder aufwärts ringen, Frühling soll es endlich werden und uns Brot und Frieden bringen!

Frieden brauchen wir im Lande, doch wir sind so arg zerpalten, und er kommt doch nur zustande, wenn wir mehr zusammenhalten, sind Differenzen auszutragen, soll man es mit Worten schaffen, statt zu schlagen und zu schlagen, kämpfe man mit geistigen Waffen.

Wenn Verblendung und Verwirrung die Vernunft der Geister schwächen, wird politische Verwirrung zum politischen Verbrechen! Muß der Mensch sich toll gebärden, und im tiefsten Dunkel wandeln? Frühling muß es wieder werden und der Mensch muß menschlich handeln.

Ja, die Zeit ist unerschöpflich und die Hoffnung schwachen Mutes, was man hört, ist nicht erbauend, was man sieht, ist wenig Gutes, doch der Wechsel herrscht auf Erden und der Zeitenstrom braust weiter, einmal wird es Frühling werden, Frühling auch für uns! —

Ernst Heitor.

Laasphe:

* Nächte ohne Frost. Obwohl in der letzten Zeit tagüber freundliches, sonniges Wetter herrschte, war es nachts über doch noch kalt. Die Temperaturen fielen stets unter den Gefrierpunkt. Die beiden letzten Nächte sind zum ersten Mal wieder ohne Frosterscheinungen gewesen. Die niedrigste Temperatur der vergangenen Nacht war +3 Grad.

* Unberücksichtigung. Morgens Abend findet der Lichtbildervortrag von Prof. Saed aus Marburg über das Thema: „Die Verantwortung des Elternhauses für die körperliche Erziehung der Kinder“ statt. Gleichzeitig wird noch ein von der Stadt Marburg der Ortsgruppe zur Verfügung gestellter Schirm über Säuglings- und Kleinkinderturnen vorgeführt. Damit der Vortrag der Allgemeinheit zugänglich ist, wurde der Eintrittspreis herabgesetzt.

** Herbsthäuser. Gemeindevorsteherwahl. In der am Freitagabend unter dem Vorsitz des Gemeindevorstehers Weber und im Beisein des Bürgermeisters Dr. Schulenburg abgehaltenen Gemeindevorsteherwahl, zu der alle Vertreter erschienen waren, wurde folgendes verhandelt und beschlossen: Wegen Ablösung der Fischereirechte der Güter Wittgenstein'schen Rentkammer wird sich der Deputierte Schmidt mit dem Kulturstadtrat in Laasphe in Verbindung setzen. — Die Schaltung der vor einigen Monaten angelegten Straßenbeleuchtung soll einer Nachprüfung unterzogen werden, da sie angeblich zu viel Kilowattstunden zählt. — Einem Antrag mehrerer Erwerbsloser auf Zahlung des Zuschlages für Pflichtarbeit wurde infolgedessen entsprochen, als künftig sämtliches Arbeitsgerät den Pflichtarbeitern von der Gemeinde zur Verfügung gestellt wird. — Die Tagesordnung über künftige Gemeindevorsteherwahlen soll im Oktober ausgearbeitet werden. — Die Entschädigung des Gemeindevorstehers wird ab 1. April 1931 auf 25 RM. erhöht. — Den Anträgen zweier Einwohner auf Überlassung von Rohren wurde entsprochen. Das Städt soll für 1 RM. abgegeben werden. — Der Antrag eines ausgeübten Erwerbslosen auf Wohlfahrtsunterstützung verfiel der Ablehnung, da durch das Einkommen aus der Landwirtschaft der Richtsatz erheblich überschritten wird. — Ein weiterer Antrag eines Wohlfahrtsverwiesenen auf Zahlung des gesetzlichen Tariflohnes von 0,69 RM. und Nachzahlung des Unter-schiedsbetrages von 2,08 RM. pro Woche wurde abgelehnt, da es sich im vorliegenden Falle um Pflichtarbeit für Wohlfahrtsunterstützte handelt.

** Feubingen. Kirchenfeier. Feierliche Stimmung herrschte gestern in unserm Ort. Die Einweihung der renovierten Kirche wurde festlich begangen. Schon vor Beginn der Feier war die Kirche bis auf den letzten Platz gefüllt. Vor Beginn des Gottesdienstes trug der Posaunenchor an der Kirche zwei Loblieder vor: „Nun danket alle Gott“ und „Lobe den Herren“. Ein Orgelvorspiel folgte. Der Kirchenchor unter Rektor Ruppertsberg trug vor: „Dies ist der Tag, den der Herr macht.“ Generalsuperintendent Weirich hielt die Weihrede und legte seiner Predigt zu Grunde: „Aber des Herrn Wort bleibt in Ewigkeit. Das ist aber das Wort, welches unter Euch verkündigt wird.“ Konfirmandenrat Koch überbrachte die Grüße und Glückwünsche der Kirchenbehörde. Er führte aus: „Wisset, das Ihr erlöst seid.“ Die Menschen müßten erlöst sein, das ist das Ziel bei allem Niedrig des Lebens. Das Wort: Wisset, daß ihr erlöst seid, darf nicht ohne innere Bewegung für den Christ sein. Er brachte noch ein Beispiel aus der Zeit, da er noch Hilfsprediger war und schloß: „Gott schaffe in dieser Gemeinde viele erlöste Menschen.“ Der Gesangsverein trug das zu dieser Feier passende Lied: „Die Himmel rühmen“ vor. Superintendent Hinsberg überbrachte die Grüße der Kreissynode und leitete die Liturgie. Der Ortspfarrer hielt die Festpredigt und führte etwa folgendes aus: „Dies ist der Tag, den der Herr macht. Ueber 20 Jahre wurde dieser Umbau vorbereitet und heute endlich seinem Zweck übergeben. Das Gemeindehaus wurde während des Umbaus freundlich von dem Reisepredigerverein zu den kirchlichen Verhandlungen zur Verfügung gestellt. Nun können wir wieder Gottesdienst in diesem freundlichen, geräumigen Saal abhalten. Er begrüßte und dankte den kirchlichen und staatlichen Behörden, dem Frauenverein und allen denen, die an diesem Bau mitgeholfen hatten. Er dankte aber vor allem unserm lieben Gott. Ein Gotteshaus fänden wir auch in der Natur, in der Kirche aber trete Gott näher zu uns.“

Generalversammlung des Kreislandbundes Wittgenstein

am 20. März im Schrader'schen Saal in Verleburg.

(Eigenbericht.)

Am der Brüstung der mit jungen Tannen eingefassten Bühne das grüne Banner mit den drei goldenen Aehren, das Rednerpult ausgeschlagen in den alten Farben schwarz-weiß-rot, das war die einfache und schlichte Aufmachung, aber auch gleichzeitig das Symbol Wittgensteiner Bauernart. Liebe zur angestammten Scholle, unerschütterliche Treue zur engeren und weiteren Heimat trotz aller Not der Zeit, sind das Fundament, auf dem der Bauer um seine und des deutschen Volkes Existenz kämpft. Diesen Gefühlen erneuert Ausbruch zu geben und Mittel und Wege zu beraten, die zum Ziele führen, war der Zweck der Jahreshauptversammlung.

Der Vorsitzende des Kreislandbundes, Landwirt Gg. Spies-Weidenhausen, eröffnete die Versammlung und ließ die Erschienenen willkommen. Ein Jahr voller Sorgen und Arbeit liegt hinter uns. Der Existenzkampf der deutschen Landwirtschaft wird von Jahr zu Jahr ernster und härter und so ist es denn an der Zeit, daß wir uns erneut zusammenfinden, um über Mittel und Wege zu beraten, den Gefahren, die unserem Berufsstande drohen, mit Erfolg begegnen zu können. Wie so oft, so tagen wir auch heute unter den lieben Farben schwarz-weiß-rot, für die unsere Väter und Söhne lebten und starben, wir tagen unter dem grünen Banner mit den drei goldenen Aehren als Symbol für unsere heiligsten Güter, Christentum, Bauerntum und Vaterland. Gerade die heutige Zeit, die diese Grundpfeiler zu erschüttern droht, verlangt von uns eine entschiedene Stellungnahme.

Sechzig Jahre werden es am morgigen 21. März, daß sich der Reichstag des neuen deutschen Reiches erstmalig unter dem eisernen Kanzler versammelte. Welche tiefen Gegensätze zwischen einst und jetzt. Während die Parteien damals Volk und Vaterland zu dienen suchten, zerfielen sie sich heute in Parteihader zum Schaden des Volkes und seiner Wirtschaft. Das Grundübel unseres Volkes ist die Religions- und Glaubenslosigkeit, die uns durch die faum gläubliche Gründung des Bundes der Gottlosen so erschütternd zum Bewußtsein kommt.

Das Land ist der Jung- und Gesundbrunnen nicht nur auf sittlich-religiösem, sondern auch auf gesundheitlichem und wirtschaftlichem Gebiet. Die uns anvertrauten Güter verpflichten uns zu kämpfen gegen alles, was zerlegen und niederreißen will. Diesen Kampf kann der Einzelne mit Erfolg jedoch nicht führen; er erfordert Zusammenschluß aller Berufsstände in unserer Kampfbewegung, dem Reichslandbunde. Trete daher ein in unsere Reihen, werdet Mitglied der großen landwirtschaftlichen Kampfbewegung des Reichslandbundes. Es geht uns heute, die Not wird immer größer und erschreckend sind die Zahlen landwirtschaftlicher Verschuldung, wie wir sie bereits aus dem Jahresbericht des Landb. Kreisvereins erfahren haben.

Nachdem der Vorsitzende dem Kreisgeschäftsführer Salin den Dank des Kreislandbundes für die dem Kreis seit zehnjährigem Bestehen der Geschäftsstelle in aufopfernder Tätigkeit geleisteten wertvollen Dienste ausgesprochen hatte, schloß er seine Ansprache mit den Worten: „Ernst sind die Zeiten und hart ist der Kampf, aber wir wollen nicht verzagen, sondern in festem Glauben getrost der Zukunft entgegen gehen und auf einen neuen, schönen Frühling hoffen, der unsern lieben deutschen Vaterlande, gebe es Gott, bald beschieden sein möge.“ Die Versammlung spendete den Ausführungen gebührenden Beifall.

Sodann nahm Direktor Feldmann-Siefert das Wort zu einem groß angelegten Vortrag über „Gefahren des landlichen Besitzes in steuerlicher Hinsicht.“ Wir entnehmen dem Vortrag folgendes:

Das bäuerlich-nationale System der Vorkriegszeit hat einem demokratisch-marxistischen System von heute Platz gemacht. Unser heutiges Wirtschaftsleben ist die Folgeerscheinung dieses Systemwechsels. Zwar hat der verlorene Krieg mit seinen ungeheuren Tributlasten unserer Wirtschaft schwere Opfer auferlegt, aber unser heutiges System hat es nicht vermocht, unserer Wirtschaft aus ihrer unheilbaren Lage herauszuhelfen. Mit dem Verlust unserer Kolonien sind uns nicht nur wertvolle Rohstoffquellen verloren gegangen, sondern auch unser Absatzgebiet ist dadurch wesentlich verringert worden. Die Tributlasten, die von uns ins Ausland fließen, braucht der Steuerzahler des Auslandes nicht aufzubringen, so daß das Ausland unter weit günstigeren Verhältnissen produzieren kann. Der hierdurch bedingte Ausfuhrschlag deutscher Industrieerzeugnisse zwingt zu Zugeständnissen bei Abschluß von Handelsverträgen auf politischem Gebiet, zum Schaden der Landwirtschaft. Man darf daher sagen, daß die Handelsverträge auf dem Rücken der Landwirtschaft zugunsten der Industrie geschlossen wurden. Wir müssen uns daher klar darüber sein, wozu es mit der Landwirtschaft bei einer solchen Politik geht und welches die Stellungnahme des Landbundes beim bevorstehenden

Vollstreckung sein muß. Viele im Saal werden beim letzten Volksbegehren ihre Schuldigkeit nicht getan haben, weil sie sich der Tragweite ihrer Handlungsweise und der Pflicht der Landwirtschaft gegenüber nicht bewußt waren. Aber trotz Regierungsversprechungen und Radio ist die Stellungnahme des Landbundes beim kommenden Volksbegehren klar und jedes Mitglied wird daher diesmal seine Schuldigkeit tun.

Während im Jahre 1870 nur 2 Prozent der Bevölkerung in Großstädten wohnten, sind es heute 27 Prozent und während im Jahre 1870 noch 26 Millionen auf dem Lande wohnten, sind es heute nur noch 22 Millionen, also ein Drittel der Gesamtbevölkerung. Diese ungeheure Bevölkerungsverschiebung ist bezeichnend für die Existenzmöglichkeit auf dem Lande; das Land erzeugt die Menschen und die Städte verbrauchen sie. Das Land hat der Stadt alles gegeben, nicht nur seine Produkte, sondern auch die Menschen. Das Land ist die Kraftquelle des Volkes und der Städte; die Städte sind die Särge des Volkes, seine Wiege ist das Land. Alle Maßnahmen auf kulturellem, kommunalem und sozialem Gebiet müssen aber nichts, wenn keine Kinder mehr geboren werden. Trotz dieser unläugbaren Tatsachen, ist mangelndes Verständnis für die Belange der Landwirtschaft in den Städten häufig unternehmbar.

Zur Kommunalpolitik übergehend, führte Redner folgendes aus: Die Zersplitterung bei den Wahlen zu den Reichs- und Staatsparlamenten hat in gleichem Maße die Kreis- und Kreistagesparlamenten und die Stadt- und Landgemeinden erfasst. Die Folge davon ist, daß über Ausgaben und deren Deckung von Kreisen Beschluß gefaßt wird, die zu den Kommunallasten keinen Pfennig beitragen und dem Besitz nicht selten feindlich gegenüberstehen. Wir übersehen also, daß wir mit unserer Unentschlossenheit denen Vorschub leisten, die den Besitz bekämpfen. Sorgen wir daher dafür, daß nur diejenigen über Ausgaben beschließen, die sie auch bezahlen.

Interessant waren auch die Ausführungen des Redners in bezug auf den der Landwirtschaft seitens der Regierung gewährten Schutz, den er durch einige Beispiele wie folgt illustrierte: Auf mancherlei Vorstellungen bei der Regierung sagte man uns: Wir tun, was wir tun können, aber ihr müßt euch auch den Zeitverhältnissen anpassen und euch entsprechend umstellen. Das haben wir dann auch getan, indem sich die deutsche Landwirtschaft auf die angeblich sehr rentable Pferdezüchtung verlegte. Mit der Einfuhr belgischer Pferde war es damit aber bald wieder zu Ende. Wir wurden wieder vorstellig und baten um Schutz der Landwirtschaft. Wir tun, was wir können, aber ihr müßt den Verhältnissen Rechnung tragen und euch umstellen. Wir stellten uns wieder um und verlegten uns auf Schweinezüchtung, bis die polnischen Schweine auch dieser Aussicht ein baldiges Ende bereiteten. Wir wurden wieder vorstellig und folgten dem abermaligen Rat auf Umstellung, indem wir uns der Geflügelzüchtung widmeten. Viele von Ihnen werden bereits Geflügelzüchter gewesen sein, aber werden eines Tages zu der Erkenntnis kommen, daß sie bei diesem Schutz der deutschen Geflügelzüchtung eines Tages auf ihren Eiern sitzen bleiben. Wir haben uns weiter mit gleichem Eifer auf den Gemütsbau verlegt mit dem Erfolg, daß der deutsche Kappes wegen Mangel an Nachfrage im Herbst vorigen Jahres auf dem Felde verfaulte. Einem solchen Zustand können wir nicht länger tatenlos zusehen, sondern müssen positive Arbeit leisten wie sie unser Berufsstand fordert.

Zum Schluß seiner Ausführungen kam Redner auf die Besteuerung der Landwirtschaft zu sprechen. Sie habe ihren verhängnisvollen Anfang genommen mit dem Generalanriff auf den Besitz, beginnend mit der Erzberger'schen Steuerreform im Jahre 1919 und der Vorbelastung der Landwirtschaft durch Goldmarksteuern in der Inflationszeit. Die zu hohe Besteuerung der Landwirtschaft beruhe auf willkürlicher Schätzung von Umsatz und Einkommen auf Grund viel zu hoher Richtsätze. Hier müßte daher der Kampf des Landbundes einsetzen, um zu verhindern, daß der letzte Bauer von seinem Besitz vertrieben werde.

Die Versammlung spendete dem Redner lebhaften Beifall. An der Aussprache beteiligten sich u. a. Dienst-Weidenhausen und Alfflerbach-Weidenhausen, die vor allem ein entschiedenes Eintreten des Landbundes für das Volksbegehren forderten. Es sei ferner Pflicht eines jeden Wittgensteiner Bauern, aus seiner politischen Überzeugung seinen Hehl zu machen, denn allzu leicht färbe der äußere Schein, sich den politischen Anschauungen höherer Stellen anzupassen, auf die ehrliche Überzeugung ab. Wie sehr diese aufrechten und unerschütterlichen Bauern den Anwesenden aus der Seele gesprochen hatten, davon zeugte der häufige und lebhafteste Beifall, der ihren Ausführungen gezollt wurde.

Über den weiteren Verlauf der Versammlung berichten wir in der morgigen Nummer.

Aus Nah und Fern.

— Dillenburg. Senkung der Fleischpreise. Im weiteren Verlauf der Bestrebungen, in Dillenburg eine möglichst weitgehende Verbilligung der Lebensmittelpreise zu erzielen, haben sich die hiesigen Metzger in einer Zusammenkunft bereitgefunden, eine Herabsetzung der Preise für alle Fleischwaren vorzunehmen. Die Höhe der Senkung betragt sich im Durchschnitt zwischen 10 und 15 Prozent.

— Nenderoth. 95 Jahre alt. Am Sonnabend feierte der zweitälteste Einwohner des Dillkreises, Veteran Joh. Heinrich Klein von hier, seinen 95. Geburtstag. Geistig und körperlich noch wohl auf dem Höhepunkt des Lebens, feierte er seinen hohen Alters ein treuer Freund des Kriegereinswehens geblieben ist, auch heute noch lebhaft von seiner Militärliebe oder seiner einstigen beruflichen Tätigkeit als Feldschiff des Ortes zu plaudern. Möge er 1936 mit gleicher ungebrochener Aktivität sein 100. Lebensjahr vollenden.

— Köln. Die Eröffnung der Kölner Frühjahrsmesse. Die Kölner Frühjahrsmesse 1931 wurde gestern eröffnet. Von einer besonderen Eröffnungsfeier hatte man mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse Abstand ge-



Finnlands neuer Ministerpräsident

Der Führer der finnischen Landwirtschaftspartei, Dr. Sunila, hat eine neue Regierung gebildet, die Güte zu begrüßen und dem Wunsch Ausdruck zu geben, daß auch die Kölner Messe die Hoffnung auf eine Besserung der Wirtschaftslage färten möge.

— Hamburg. Schiffszusammenstöße auf der Elbe. Am Sonntag hatte die Schifffahrt auf Elbe und Weser erheblich unter dichtem Nebel zu leiden, der auch mehrere Zusammenstöße in der Nähe des Elbefeuerschiffes zur Folge hatte. Ein englischer Dampfer ist mit dem Dampfer „Elster“ der Bremer Rolandlinie kollidiert. Beide Schiffe haben schweren Schaden erlitten. Ein weiterer Zusammenstoß ereignete sich zwischen dem von Ostafrika kommenden englischen Dampfer „Garth Castle“ und dem englischen Dampfer „City of Batavia“. Der Zusammenstoß muß der „City of Batavia“ erhebliche Schäden zugefügt haben, da er die Unterbrechung der Reise zur Folge hatte. Das Schiff wird, sobald es die Wetterverhältnisse gestatten, nach Hamburg zurückgebracht, wo die notwendigen Reparaturarbeiten vorgenommen werden. Ueber die Beschädigungen des Dampfers „Garth Castle“ ist bis zur Stunde noch nichts Näheres bekannt.

— Der Schottland-Express entgleist. — Sechs Tote. Der Schottland-Express entgleiste gestern in der Nähe von Leighton Buzzard. Sämtliche Wagen sprangen aus den Schienen. Sechs Personen, von denen zwei noch nicht identifiziert sind, wurden getötet und drei Passagiere schwer, sowie eine Anzahl anderer leicht verletzt. Der Nohal Scott ist einer der schnellsten Züge der Welt. Vor einem Monat erzielte er auf der Strecke von Guston—Carlisle eine Geschwindigkeit von 144 Kilometer in der Stunde.

— Ueber 20 Grad Kälte in Ostpreußen. In Ostpreußen herrscht allenthalben starke Kälte. In Königsberg wurden 15 Grad unter Null, im Osten der Provinz bis über 20 Grad unter Null gemessen.

— Absturz eines holländischen Marineflugzeuges. Ein für die holländischen Marinefliegertruppe bestimmtes Flugzeug stürzte über dem Amsterdamer Flughafen Schiphol aus 500 Meter Höhe ab. Der Pilot wurde auf der Stelle getötet.

— Plötzlich Sommer in England. Eine „Sitz-Welle“, wie sie im März seit 1848 in England nicht zu verzeichnen war, herrscht hier. Die Londoner Parks sind von Menschen überfüllt, die sich des plötzlichen Sommers freuen. Taufende strömen zum Wochenende nach den Seebädern. Die Temperatur erreichte in London im Schatten 25 Grad Celsius, während in der Sonne bis zu 37 Grad gemessen wurden.

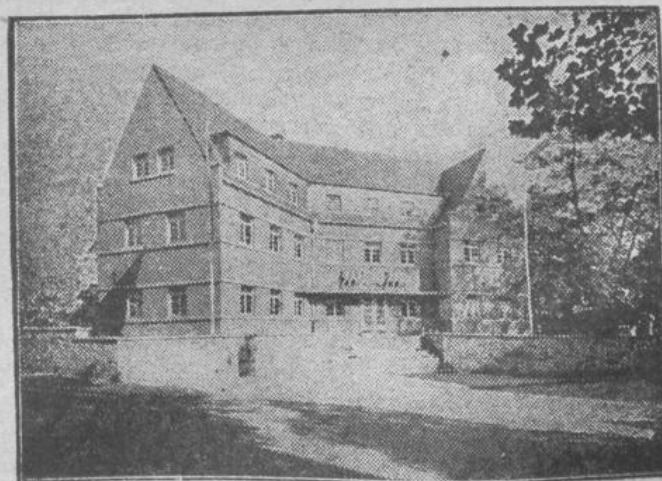
— Das unruhige Gefängnis. Im Staatsgefängnis von Stateville (Illinois) sind neue Unruhen ausgebrochen. Sie wurden aber unterdrückt, wobei vier Sträflinge schwer verletzt wurden.

Wetterbeobachtungen

Wettervorhersage für Dienstag: Weiterhin mild, Anhalten des frühlingmäßigen Wettercharakters.

Wetterbeobachtungen der Aufbauschule Laasphe.

Von heute, 23. 3., 8 Uhr vormittags	
Temperatur:	+6° C
Barometerstand (gestern - mm)	771 mm
Feuchtigkeit der Luft:	97 %
Höchste Temperatur (seit gestern 8 Uhr vormittags):	+12° C
Niedrigste Temperatur (.	+3° C
Niederschlagsmenge (.	0,2 mm



Ein würdiges Ehrenkmal.

Die Stadt Limburg a. d. Lahn brachte ihr Ehrenmal für die Gefallenen in würdiger Form in Verbindung mit der Errichtung einer Jugendherberge. Das schmucke Gebäude, das auch der ortseingewohnten Jugend als Jugendheim dient, wurde kürzlich eingeweiht.

Turnen • Spiel • Sport.

Fußball.

Heißelbach-Nickenbach 2. — Herberthausen 1. 1:2 (0:0).

